

Malte Faber
Reiner Manstetten

Was ist Wirtschaft?

Von der Politischen Ökonomie
zur Ökologischen Ökonomie

VERLAG KARL ALBER



Malte Faber / Reiner Manstetten

Was ist Wirtschaft?

VERLAG KARL ALBER 

Über dieses Buch:

Ein grundsätzliches Fragen nach der Wirtschaft ist notwendig, wenn man die ökonomischen und ökologischen Probleme unserer Zeit verstehen will. Gemäß dieser These stellt das Buch nicht nur eine Einführung in das wirtschaftswissenschaftliche Denken dar, sondern führt zu Untersuchungen über die anthropologischen, ethischen, politischen und ökologischen Zusammenhänge, in die die Wirtschaft eingebettet ist.

Basierend auf einem individualistischen Menschenbild hat die Neue Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts (Public Choice) radikal liberale Staats- und Gesellschaftskonzepte entwickelt. Auf dem Weg einer Kritik an dieser Politischen Ökonomie geht es in Teil 1 darum, unter Rückgriff auf Aristoteles und Adam Smith die Fragen nach der Gerechtigkeit, der Gemeinschaft und dem guten Leben für das Verständnis der Wirtschaft zurückzugewinnen. Dass diese Fragen angesichts gravierender Rohstoff- und Umweltprobleme eine neue Bedeutung angenommen haben, ist Gegenstand der Teile 2 und 3. Die Ökologische Ökonomie, deren Grundlagen dort systematisch untersucht werden, zeigt, dass zu einem guten Leben einerseits die Vorsorge für zukünftige Generationen gehört, andererseits aber »die Ehrfurcht vor dem Leben« (Albert Schweitzer), auch in seinen pflanzlichen und tierischen Formen.

Malte Faber und
Reiner Manstetten

Was ist Wirtschaft?

Von der Politischen Ökonomie
zur Ökologischen Ökonomie

In Zusammenarbeit mit
Thomas Petersen,
Christian Becker,
Olaf Hottinger,
Kirsten Hertel und
Frank Jöst

Verlag Karl Alber Freiburg/München

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier (säurefrei)
Printed on acid-free paper

2., aktualisierte Auflage 2014

Alle Rechte vorbehalten – Printed in Germany
© Verlag Karl Alber GmbH Freiburg / München 2007
www.verlag-alber.de
Satz: SatzWeise Föhren
Druck und Bindung: AZ Druck und Datentechnik, Kempten
ISBN Buch 978-3-495-48214-8
ISBN PDF-E-Book 978-3-495-81849-7

Inhalt

Detaillierte Gliederung	425
Autoren und Koautoren	9
Vorwort zur 2. Auflage	11
Dank	17
Teil 1: Grundlagen der Politischen Ökonomie	21
1. Die Wissenschaft von der Wirtschaft und die Frage »Was ist Wirtschaft?«	22
2. Der Ursprung der Ökonomik als Bestimmung und Begrenzung ihrer Erkenntnisperspektive	50
3. Zur Aktualität von Adam Smith: Homo oeconomicus und ganzheitliches Menschenbild <i>In Zusammenarbeit mit Olaf Hottinger</i>	74
4. Homo politicus und Homo oeconomicus. Die Neue Politische Ökonomie, die Verfassung der Freiheit und die Reformfähigkeit der Gesellschaft <i>In Zusammenarbeit mit Thomas Petersen</i>	113
5. Die Wirtschaft und das gute Leben. Praktische Philosophie und Politische Ökonomie bei Adam Smith und seinen Nachfolgern	147

Inhalt

6. Die Wirtschaft als Feld von Menschenwürde und Abhängigkeit 166
7. Über die Grenzen der Politischen Ökonomie: Wirtschaft, Politik und Religion 188
In Zusammenarbeit mit Thomas Petersen

Teil 2:

- Grundlagen der Ökologischen Ökonomie 203
8. Nachhaltige Entwicklung – wissenschaftliches Konzept oder ethisch-politische Herausforderung? 204
In Zusammenarbeit mit Frank Jöst
9. Zurück zu Aristoteles? Die Rätselhaftigkeit der modernen Wirtschaft 228
10. Die Geschichte der Soda-Chlorchemie. Kuppelproduktion und Verantwortlichkeit 240
11. Zukunftsfähigkeit und Zukunftswürdigkeit. Glaube und Suche nach Gerechtigkeit als Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung 256

Teil 3:

- Elemente und Perspektiven der Ökologischen Ökonomie 277
12. Knappheit und Maß. Über die Einheit und Unvereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie 278
13. Produktion, Konsum und Dienste in der Natur. Eine Theorie der Fonds 305
14. Umweltökonomie, Nachhaltigkeitsökonomie und Ökologische Ökonomie. Drei Perspektiven auf Mensch und Natur 344

15. Malthus und Wordsworth. Ein Beitrag zum Menschenbild der Ökologischen Ökonomie	382
<i>In Zusammenarbeit mit Christian Becker und Kirsten Hertel</i>	
Literaturverzeichnis	407
Personenregister	434
Sachregister	439

Autoren und Koautoren

Autoren

Malte Faber war von 1973 bis 2004 Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftstheorie am Alfred-Weber-Institut der Universität Heidelberg. Von 1998 bis 2004 war er Mitglied des Direktoriums des Interdisziplinären Institutes für Umweltökonomie. Seit 2004 ist er Emeritus Professor. Seine Forschungsgebiete sind Kapitaltheorie, Politische Ökonomie und Ökologische Ökonomie. Seit 2007 ist er im Auftrag der GIZ Berater von Regierungsstellen in China. (faber@uni-hd.de)

Reiner Manstetten ist Philosoph und Privatdozent am Alfred-Weber-Institut der Universität Heidelberg. 2003 erhielt er den Ernst-Bloch Förderpreis der Stadt Ludwigshafen. Seit 2004 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig. Seine Forschungsgebiete umfassen philosophische Mystik, praktische Philosophie, Wirtschaftsethik und Ökologische Ökonomie. Seit 2014 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Philosophischen Institut der Universität Heidelberg. (manstetten@uni-hd.de)

Koautoren haben mit substanziellen Beiträgen zu einem oder zwei Kapiteln die Argumentation und den Inhalt des Buches wesentlich mitgeformt.

Thomas Petersen ist Privatdozent für Philosophie an der Universität Heidelberg. Er hat an mehreren Universitäten Lehrstühle für Philosophie vertreten.

(thomas.petersen@urz.uni-heidelberg.de)

Christian Becker hat Mathematik, Germanistik und Volkswirtschaftslehre studiert und in Volkswirtschaftslehre promoviert. Er ist Mitglied der Forschungsgruppe Ökologische Ökonomie an der Universität Heidelberg. (becker@eco.uni-heidelberg.de)

Autoren und Koautoren

Kirsten Hertel hat in Anglistik promoviert und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Anglistischen Seminar der Universität Heidelberg. (kirsten.hertel@urz.uni-heidelberg.de)

Olaf Hottinger hat Diplome in katholischer Theologie und Volkswirtschaftslehre. Nach seiner Promotion in Volkswirtschaftslehre begann er 1997, bei der Allianz Lebensversicherungs-AG zu arbeiten. (olafhottinger@yahoo.de)

Frank Jöst ist Privatdozent für Volkswirtschaftslehre am Alfred-Weber-Institut der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Heidelberg. (frank.joest@uni-hd.de)

Vorwort zur 2. Auflage

Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchungen sind die Wirtschaftswissenschaften. Ihre grundlegenden Ansätze werden kritisch reflektiert und unter der Perspektive der Praktischen Philosophie und der Naturphilosophie betrachtet. Ziel ist ein umfassendes Verständnis der Wirtschaft, ihrer langfristigen Entwicklungstendenzen und ihrer Bedeutung für Mensch und Natur. Dieses Vorgehen kann ungewöhnlich erscheinen. Wer als Nicht-Ökonom die anthropologischen, ethischen, politischen und ökologischen Themen dieses Buches betrachtet, mag sich fragen, warum sie gerade von einem wirtschaftswissenschaftlichen Ausgangspunkt aus untersucht werden. Ökonomen könnten dagegen befremdet sein, dass ihr Ansatz relativiert wird, indem er in Horizonte außerhalb ihrer Erkenntnisperspektive eingebettet wird.

Gleichviel wie kritisch man die heutige Wirtschaftsweise betrachten mag – der ökonomische Blick auf die Welt ist für das gegenwärtige Bewusstsein vielfach prägend. Ein Verständnis davon ist unverzichtbar, wenn man die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart, ihre Potenziale und ihre Gefahren verstehen will. Jedoch kann die Perspektive der Ökonomik nur in Verbindung mit anderen, nicht-ökonomischen Perspektiven die Wirklichkeit angemessen erfassen. Wird sie verabsolutiert, kann nicht einmal die Wirtschaft verstanden werden.

Wir thematisieren die Wirtschaftswissenschaften zunächst unter dem Begriff der Politischen Ökonomie. Eine Politische Ökonomie wurde bereits vor über zwei Jahrhunderten von Adam Smith (1776) konzipiert, der sie als ›Wissenschaft des Staatsmannes und Gesetzgebers‹ bestimmte. Eine ›Neue Politische Ökonomie‹ wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von Denkern wie Friedrich von Hayek, James Buchanan und Peter Bernholz entworfen, die ihren Liberalismus nicht auf die Wirtschaftssphäre beschränkten, sondern ihn als paradigmatisch für das Konzept der ›Verfassung der Freiheit‹

ansahen. Es ist die Intention dieser Neuen Politischen Ökonomie, wirtschaftliche und politische Strukturen zu konzipieren, in denen Menschen jeweils nach ihren individuellen Vorstellungen und Interessen ihre Freiheit entfalten können. Im Gefolge dieser Intention ist der Homo oeconomicus der Wirtschaftswissenschaften zum Paradigma auch des politisch handelnden Akteurs geworden.

Die Neue Politische Ökonomie hat zu einem vertieften Verständnis des Spannungsverhältnisses von Wirtschaft und Staat geführt. Aber zugleich enthält ihr Bild des Menschen ebenso wie ihre Auffassung von Staat und Gesellschaft einseitige Züge. So trägt das Konzept des Homo oeconomicus zwar nicht unwesentlich zum Verständnis von Abläufen in Wirtschaft und Politik bei, aber wenn es nicht um Konzepte wie z.B. das des Homo politicus ergänzt wird, werden entscheidende Aspekte ausgeblendet, ja, werden politische Prozesse und soziale Zusammenhänge in ihrem Wesen verkannt. Dies betrifft insbesondere Fragen der Gerechtigkeit.

Im 19. Jahrhundert ist durch das Werk von Karl Marx der Begriff ›Kritik der Politischen Ökonomie‹ prominent geworden. Wenn auch wir unser Vorgehen als eine Kritik der Politischen Ökonomie verstehen, knüpfen wir über Marx hinaus an Immanuel Kant an. Das kritische Projekt Kants versteht Kritik im ursprünglichen Sinn der Scheidung: So wie die »Kritik der reinen Vernunft« die Ansprüche der Vernunft auf Erkenntnis der Wahrheit prüft, so sehen wir die Aufgabe einer Kritik der Politischen Ökonomie heute darin, nicht nur die Leistungsfähigkeit, sondern auch die Grenzen der Wirtschaftswissenschaften in Bezug auf die Erkenntnis der Wirtschaft aufzuzeigen. Wenn Ökonomen nicht wissen, wo die Grenzen ihres Ansatzes liegen, werden ihre Resultate und die darauf beruhenden Empfehlungen für die Politik irreführend oder belanglos. Denn selbst für Probleme der Art, ob und inwieweit Wirtschaftswachstum erforderlich ist oder wie Arbeitsmärkte geregelt werden sollten, ist ein rein ökonomischer Blick nicht hinreichend. Erst recht bedarf es für den Umgang mit Rohstoff- und Umweltproblemen, Arbeitslosigkeit oder Bevölkerungswachstum und für die Gestaltung des Gesundheitssystems neben der ökonomischen Sachkompetenz der Mitwirkung von Ethikern, Juristen, Psychologen, Soziologen, Politologen und Naturwissenschaftlern ebenso wie der Beteiligung von Praktikern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie von interessierten und engagierten Staatsbürgern.

Eine Kritik der Politischen Ökonomie darf nicht dabei stehen-

bleiben, eine Negativliste der Themen zu erstellen, zu denen Ökonomen nur unzulängliche Aussagen machen können. Denn die entscheidende Herausforderung besteht darin, es besser zu machen. Es geht darum, das, was von den Wirtschaftswissenschaften nicht adäquat erfasst werden kann, angemessener zu begreifen. Wenn das geschieht, dann kann auch der eigentliche Zugang der Wirtschaftswissenschaften zu seinem Recht kommen. Dieser Herausforderung stellen wir uns in diesem Buch, indem wir die Wirtschaftswissenschaften an die Frage nach dem ›guten Leben‹ zurückbinden. Die beiden Denker, deren Überlegungen zur Wirtschaft hier in besonderer Weise fruchtbar gemacht werden, nämlich Aristoteles und Adam Smith, haben gemeinsam, dass im Zentrum ihres ethisch-politischen Ansatzes die Frage nach dem guten Leben steht. Mit ihnen verstehen wir diese sowie die mit ihr zusammenhängenden Fragen nach Gerechtigkeit, Gemeinschaft und Politik nicht primär als Themen der Wirtschaftswissenschaften, sondern als solche der Praktischen Philosophie. Das bedeutet, dass eine Kritik der Politischen Ökonomie die innere Verbundenheit von ökonomischen Fragen mit den großen Themen der Praktischen Philosophie zu erweisen hat. Mit einer derartigen Aufgabenstellung beschäftigen wir uns vor allem in Teil 1 unseres Buches.

In den Teilen 2 und 3 geht es um das Verhältnis der Wirtschaft zur Natur. Die Wirtschaftswissenschaften seit Adam Smith haben bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts so gut wie keinen eigenen Bezug zur Natur entwickelt. Das gute Leben der wirtschaftenden Menschen erscheint in ihnen als ein Leben, für das Natur nahezu irrelevant ist. In dieser Form spiegeln sie einen allgemeinen Zug des Naturverhältnisses in den industrialisierten Ländern der Neuzeit wider: Bis vor wenigen Jahrzehnten konnte es scheinen, als sei Natur ›gratis‹ da. Die öffentliche Diskussion in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat der Frage nach dem guten Leben eine völlig neue Wendung gegeben, die die Wissenschaften vor neue Herausforderungen gestellt hat. Aufgrund der zunehmenden Rohstoff- und Umweltprobleme geht es darum, das Verhältnis wirtschaftlicher Tätigkeiten zu den natürlichen Grundlagen des Lebens zu untersuchen, grundsätzliche Problemstrukturen zwischen Wirtschaft und Umwelt sichtbar zu machen und Lösungswege aufzuzeigen.

Als Antwort auf diese Herausforderungen wurde Ende der achtziger Jahre die Richtung der Ökologischen Ökonomie gegründet. Sie erinnert daran, dass zu einem guten Leben die Vorsorge für die zu-

künftigen Generationen und die »Ehrfurcht vor dem Leben« (Albert Schweitzer) gehört, die das nichtmenschliche, tierische und pflanzliche Leben mit einschließt. Wir beschäftigen uns mit der Frage, wie Natur in ihrer Bedeutung für die Wirtschaft und darüber hinaus in ihrer Bedeutung für ein gutes Leben der Menschen angemessen konzipiert werden kann. Das erfordert Nachdenken über die Lebensgrundlagen der Menschheit. Begriffe wie nachhaltige Entwicklung (*sustainability*) werden einer Grundlagenreflexion unterzogen, die ihre ethischen und politisch-philosophischen Aspekte hervorhebt. Jedoch gehen wir über die Idee der nachhaltigen Entwicklung hinaus. Denn diese ist anthropozentrisch angelegt, so dass in ihrem Rahmen Natur nur als Natur für den Menschen thematisiert werden kann. Im Zusammenhang mit der Vorstellung des guten Lebens jedoch beinhaltet der Begriff der Natur die Annahme eines Eigenwertes der Natur jenseits ihrer Funktion als Lebensgrundlage für Menschen. Eine Ökologische Ökonomie, die der Würde der Natur gerecht werden will, bedarf eigenständiger naturphilosophischer Überlegungen. Diese führen zu Grenzen nicht nur des wirtschaftswissenschaftlichen, sondern des diskursiven Denkens überhaupt. Daher lassen wir in unserem abschließenden 15. Kapitel neben dem Ökonomen Robert Malthus, der vergleichsweise früh die Lebensgrundlagen der Menschheit problematisierte, den Dichter William Wordsworth zu Wort kommen. Seine Verse zeigen, dass der Mensch die Natur nur dann als Heimat erfahren kann, wenn er sie nicht als bloße Lebensgrundlage behandelt, sondern sie als Leben selbst erlebt, das Teil seines Lebens ist, so wie er Teil ihres Lebens ist.

Wenn es um Perspektiven für die weitere Entwicklung der Ökologischen Ökonomie geht, ist unserer Überzeugung nach die Dimension des Religiösen von Bedeutung. Sie wird vor allem in Teil 3 thematisiert, aber auch an anderen Stellen, insbesondere in den Kapiteln 3 und 7, angesprochen. Damit soll daran erinnert werden, dass die Fragen nach der Wirtschaft, dem guten Leben und der Natur zurückverweisen auf die Fragen nach dem Ganzen der Welt, dem Sinn des menschlichen Lebens und dem Ursprung von Welt und Mensch. Es ist nicht Aufgabe unserer Untersuchungen, solchen Fragen weiter nachzugehen. Wohl aber gehört es zu ihren Aufgaben, sie zu formulieren, wo immer sie aus dem Gegenstand der Untersuchung hervorgehen.

Die Argumentationsweise und der Ton der Darstellung in verschiedenen Kapiteln unterscheiden sich deutlich. Die Kapitel 2 und 4

beispielweise, ursprünglich zur Publikation in wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschriften bestimmt, tragen einen anderen Charakter als etwa Kapitel 6, das in einer philosophischen Zeitschrift veröffentlicht wurde, oder als die Kapitel 7 und 11, die in ihren Erstfassungen als Vorträge gehalten wurden. Das vorliegende Buch hat bewusst etwas von diesen Charakterzügen beibehalten, weil damit der Text zugänglicher und lebendiger wird.

Obwohl wir die Anordnung der Kapitel gemäß ihrer inneren Systematik vorgenommen haben, können sie auch in einer anderen Reihenfolge gelesen werden. Der einfachste Zugang geht über die Kapitel 7, 9 und 10. Daran anschließen könnte eine Lektüre der ersten beiden Kapitel, gefolgt von den Kapiteln 8, 12 und 14. Damit hat der Leser bereits eine gute Grundlage, um je nach Interesse weiter fortzuschreiten.

Dieses Buch, das hier in der 2. Auflage erscheint, basiert auf Aufsätzen und Vorträgen, die bis 2007 in nahezu zwei Jahrzehnten der Forschungs- und Lehrtätigkeit an der Universität Heidelberg entstanden sind und an verschiedenen Stellen veröffentlicht wurden. Die Gemeinsamkeit aller dieser Texte, die für dieses Buch z. T. stark überarbeitet wurden, besteht darin, dass in ihnen leitmotivisch die Themen Natur, Gerechtigkeit und Zeit wiederkehren. Wir sind zu der Überzeugung gelangt, dass Überlegungen zur nachhaltigen Entwicklung oder zur Ökologischen Ökonomie, in denen nicht alle drei Gesichtspunkte zentral berücksichtigt werden, zu kurz greifen.

Unser Buch ist unverändert aktuell, vielleicht sogar aktueller als früher.¹ Denn die Umweltpolitik verliert sich immer mehr in Einzelheiten und geht immer weniger an das Grundsätzliche heran. Als Berater im umweltpolitischen Tagesgeschäft erleben die Autoren häufig, dass Schwierigkeiten und ungeklärte Fragen zu wenig in ihren grundsätzlichen Dimensionen gesehen werden und dass entscheidende Begriffe und Konzepte nicht durchdacht, sondern je nach Interesse bald so, bald anders verwendet werden. Folgerichtig werden

¹ In der Zeit seit 2007 haben wir einige Themen, die sich aus der Problemstellung des Buches ergaben, weiterverfolgt. Wer sich für die weitere Entwicklung unserer Überlegungen interessiert, sei hingewiesen auf die Monographien: »Karl Marx und die Philosophie der Wirtschaft« (Petersen/Faber 2014), »Die Kunst, langfristig zu denken. Wege zur Nachhaltigkeit« (Klauer/Manstetten/Petersen/qSchiller 2013) sowie den Aufsatz »Endangering the natural basis of life is unjust. On the status and future of the sustainability discourse« (Becker/Ewringmann/Faber/Petersen/Zahrnt 2012).

schnelle Lösungen gesucht und gefunden, von denen sich jedoch bald herausstellt, dass sie zu kurz greifen.

»The hope that there is no fundamental conflict between economic growth and environmental protection – that a winwin situation can always be achieved – has turned out to be an illusion: even enduring ›green‹ growth will endanger the natural basis of life. We need the honesty to fully recognize and address the conflicts between economic growth and environmental protection.« (Becker/Ewringmann/Faber/Petersen/Zahrnt 2012: 6) Die Gesellschaft muss sich dem stellen, nicht nur nebenbei und kurzfristig, sondern mit allem Ernst, mit aller Mühe und Sorgfalt des begrifflichen Denkens und mit langem Atem.

Heidelberg, Frühling 2014

Malte Faber und Reiner Manstetten

Dank

Bei der Abfassung dieses Buches im Laufe der letzten zwanzig Jahre haben uns viele Freunde und Kollegen mit Rat und konstruktiver Kritik geholfen. Dafür sind wir dankbar:

John Barry, Stefan Baumgärtner, Christian Becker, Peter Bernholz, Hans Christoph Binswanger, Wolfgang Dunz, Jens Faber, Brigitte Falkenburg, Hans-Joachim Gericke, Bernd Hansjürgens, Olaf Hottinger, Jörg Hüfner, Klaus Jacobi, Frank Jöst, Bernd Klauer, Hartmut Kliemt, Monika Kloth-Manstetten, Henrike Koschel, Mi-Yong Lee-Peuker, Karl-Geert Malle, Marco Lehmann-Waffenschmidt, Günter Liesegang, Thilo Löwe, Peter Michaelis, Georg Müller-Fürstenberger, Wolfgang Neuser, Horst Niemes, Hans Georg Nutzinger, Thomas Petersen, Andreas Polk, John Proops, Martin Quaas, Winfried Reiß, Till Requate, Johannes Schiller, Armin Schmutzler, Dieter Schulz, Jürgen Siebke, Gunter Stephan, Joachim Weimann, Wolfgang Wieland, Ralph Winkler, Ulrich Witt.

Wir danken für Korrekturlesen und für redaktionelle Hilfe in vielfacher Art:

Ute Beckel-Faber, Rosa Huhn, Felix Kermisch, Paula Manstetten, Julia Pirschl vom Alber-Verlag und Johanna Spratte.

Für einen Zuschuss zu den Druckkosten danken wir dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig.

Wir danken den folgenden Institutionen für die Erlaubnis, frühere Veröffentlichungen hier wieder zu verwenden:

Kapitel 1: Faber, M. (1999) »Was ist Wirtschaft? Was ist die Wissenschaft von der Wirtschaft?«, *Dialektik – Enzyklopädische Zeitschrift für Philosophie und Wissenschaften* 1999/3: 13–41.

Kapitel 2: Faber, M./Manstetten, R. (1988) »Der Ursprung der Volkswirtschaftslehre als Bestimmung und Begrenzung ihrer

- Erkenntnisperspektive«, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Heft 2: 97–121.
- Kapitel 3:* Manstetten, R./Hottinger, O./Faber, M. (1998) »Zur Aktualität von Adam Smith: Homo oeconomicus und ganzheitliches Menschenbild«, Homo Oeconomicus XV(2): 127–168.
- Kapitel 4:* Faber, M./Manstetten, R./Petersen, T. (1997) »Homo oeconomicus and homo politicus. Political economy, constitutional interest and ecological interest«, Kyklos 5, Heft 4: 457–483.
- Kapitel 5:* Manstetten, R. (1999) »Die Wirtschaft und das gute Leben. Praktische Philosophie und Politische Ökonomie«, Dialektik – Enzyklopädische Zeitschrift für Philosophie und Wissenschaften 1999/3: 43–62.
- Kapitel 6:* Manstetten, R. (2004) »Wirtschaft und Menschenwürde«, studia philosophica, Jahrbuch der Schweizerischen Philosophischen Gesellschaft hrsg. von Angehrn, E./Baertsch, B.: 189–210.
- Kapitel 7:* Faber, M./Manstetten, R./Petersen, T. (2006) »Wirtschaft – Politik – Religion. Über die Grenzen der Wirtschaftswissenschaften«, Glaube und Lernen. Theologie interdisziplinär und praktisch. 21, Heft 1: 44–57.
- Kapitel 8:* Faber, M./Jöst, F./Manstetten, R. (1995) »Limits and perspectives of the concept of a sustainable development«, Economie Appliquée 48: 231–249.
- Kapitel 9:* Faber, M./Manstetten, R. (2004) »Zurück zu Aristoteles? Wirtschaft und Philosophie«, Perspektiven der Wirtschaftspolitik 5, Heft 2: 159–168.
- Kapitel 10:* Faber, M./Manstetten, R. (2003b) »Die Geschichte der Soda-Chlorchemie. Wirtschaftsphilosophische Überlegungen«, in: Wider die Natur. Sammelband der Vorträge des Studium Generale der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Wintersemester 2001/2002. Heidelberg: 93–108.
- Kapitel 11:* Manstetten, R. (1996) »Zukunftsfähigkeit und Zukunftswürdigkeit – Philosophische Bemerkungen zum Konzept der nachhaltigen Entwicklung«, GAIA 5, Nr. 6: 291–298.
- Kapitel 12:* Manstetten, R. (1995) »Die Einheit und Unvereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie«, GAIA 4, Nr. 1: 40–51.
- Kapitel 13:* Faber, M./Manstetten, R. (1998) »Produktion, Konsum und Dienste in der Natur – Eine Theorie der Fonds«, in: Selbstorganisation, Jahrbuch für Komplexität in den Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften, hrsg. von Schweitzer, F./Silberberg,

G., Evolution und Selbstorganisation in der Ökonomie, Bd. 9: 209–236.

Kapitel 14: Manstetten, R./Faber, M. (1999) »Umweltökonomie, Nachhaltigkeitsökonomie und Ökologische Ökonomie. Drei Perspektiven auf Mensch und Natur«, in Beckenbach, F. u. a. (Hrsg.) Jahrbuch Ökologische Ökonomie, Bd. 1, Zwei Sichtweisen auf das Umweltproblem: Neoklassische Umweltökonomie versus Ökologische Ökonomie. Marburg: 53–97.

Kapitel 15: Becker, C./Faber, M./Hertel, K./Manstetten, R. (2005) »Malthus vs. Wordsworth: Perspectives of humankind, nature and economy. A contribution to the history and the foundations of ecological economics«, *Ecological Economics* 53: 299–310.

Malte Faber und Reiner Manstetten

Teil 1
Grundlagen der Politischen Ökonomie

1. Die Wissenschaft von der Wirtschaft und die Frage »Was ist Wirtschaft?«

1.1 Einleitung

In seiner »Metaphysik der Sitten« bemerkt Immanuel Kant (1797/1968: 336), die Frage »Was ist Recht?« möchte den Rechtsgelehrten ebenso in Verlegenheit setzen wie die Frage »Was ist Wahrheit?« den Logiker. In gleicher Weise wird die Frage »Was ist Wirtschaft?« bei Wirtschaftswissenschaftlern Irritationen hervorrufen. Denn Fragen dieser Art gehen in der Regel über die Kompetenz der jeweiligen Fachwissenschaftler hinaus. Zwar enthalten die Rechts- bzw. die Wirtschaftswissenschaften in gewisser Weise schon Antworten auf die Fragen »Was ist Recht?« bzw. »Was ist Wirtschaft?«, zwar setzen Rechtsgelehrte ebenso wie Wirtschaftswissenschaftler mit ihren Aussagen, Theorien und Resultaten immer dort, wo sie die Begriffe »Recht« bzw. »Wirtschaft« gebrauchen, ein bestimmtes Verständnis davon voraus, aber es geschieht nur sehr selten, dass sich Juristen und Ökonomen Rechenschaft darüber geben, woher sie ihr Verständnis von Recht bzw. Wirtschaft nehmen. Zumindest für die Wirtschaftswissenschaften gilt: Was Wirtschaft ist, wird in ihnen zwar implizit vorausgesetzt, aber kaum je explizit gemacht.

Für eine fundierte und umfassende Explikation ihres Wirtschaftsbegriffes müssten sich Ökonomen gleichsam neben sich selbst und ihre Arbeit stellen und ihre Begriffe, Axiome und Methoden, statt mit ihnen zu operieren, von außen betrachten. Denn da Wirtschaft ein Grundbegriff der Wirtschaftswissenschaften ist, kann er nicht mit den von ihm abgeleiteten Begriffen und Sätzen untersucht werden. Die Betrachtung von Grundbegriffen in einer Wissenschaft erfordert, auf die eigenen Begriffe, Axiome und Methoden in gewisser Weise Verzicht zu leisten. Statt als Mittel einer Erkenntnis werden sie nämlich als Gegenstand einer Untersuchung behandelt. Erst eine solche Untersuchung kann ihre eigentümliche Bedeutung und Leistung, ihre Reichweite und Grenzen aufzeigen. Bezüglich des Ver-

ständnisses des Grundbegriffs Wirtschaft ermöglicht es eine solche Untersuchung, Fragen zu stellen, die im Rahmen der Wirtschaftswissenschaften nicht gestellt werden können, da sie diesen Rahmen selbst in seiner Gesamtheit zum Problem machen. Dazu gehört insbesondere die Frage, ob Wirtschaft, wird sie ausschließlich innerhalb des Rahmens wirtschaftswissenschaftlicher Forschung aufgefasst, in ihrem Wesen und in ihren potentiellen Wirkungen hinreichend bestimmt ist. Sollte dies nicht der Fall sein – und dass dies nicht der Fall ist, wird in den folgenden Kapiteln dieses Buches verschiedentlich gezeigt – so muss weiter gefragt werden, was Wirtschaft jenseits der Erkenntniswege der Wirtschaftswissenschaften ist und wie Wirtschaft in einem Sinn, der außerhalb des Rahmens der Wirtschaftswissenschaften liegt, vernünftig und nachvollziehbar thematisiert und erforscht werden kann.

Aus den hier angeführten Gründen überschreitet eine solche Untersuchung den Rahmen einer wirtschaftswissenschaftlichen Qualifikation. Traditionell ist die Untersuchung von Grundbegriffen eine Aufgabe der Philosophie. Wenn Kant die Untersuchung der Frage »Was ist Recht?« als eine Aufgabe der praktischen Philosophie ansah, so hätte er ebenso auch die Untersuchung der Frage »Was ist Wirtschaft?« als eine philosophische Aufgabe bestimmen können.

Was das Recht angeht, so ist die Rechtsphilosophie ein zwar kleines, aber durchaus angesehenes Forschungsgebiet am Rande des Bereichs der Rechtswissenschaften. Ihr sind die Grundsatzfragen anvertraut, die Juristen mit ihren Gutachten, Entscheidungen und Kommentaren als beantwortet voraussetzen, ohne sie selbst klären zu können. Rechtsphilosophen benötigen philosophische Kompetenz, um zu wissen, wie und in welchem Rahmen man Grundbegriffe sinnvoll klären und Methoden angemessen diskutieren kann; sie benötigen zugleich aber juristische Fachkompetenz, um zu verstehen, wovon die Rede ist und worum es geht, wenn Kategorien der Rechtswissenschaften gebraucht werden. Eine der Rechtsphilosophie vergleichbare Wirtschaftsphilosophie als universitäre Teildisziplin gibt es bis heute nicht; Beiträge zu wirtschaftsphilosophischen Fragen, die sich in ihrem Umfang und ihrer Reputation mit dem vergleichen lassen könnten, was heute die Rechtsphilosophie hervorbringt, gibt es ebenfalls nicht.

Nicht häufiger als in den Wirtschaftswissenschaften wird man in der Praktischen Philosophie der Gegenwart Untersuchungen über

das Wesen der Wirtschaft antreffen.¹ Angesichts der komplexen und mathematisch oft anspruchsvollen Theorien der modernen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sehen sich heutige Philosophen aus guten Gründen kaum in der Lage, über deren Bedeutung, Reichweite und Grenzen zu urteilen. An diesen Theorien vorbei einen eigenständigen Begriff der Wirtschaft zu entwerfen, wäre jedoch naiv.

Wenn aber weder Wirtschaftswissenschaftler noch Philosophen in genügendem Maße bereit sind oder sich imstande sehen, die Frage »Was ist Wirtschaft?« zu untersuchen, so bedeutet dies, dass sich für diese Frage niemand so recht als zuständig ansieht. In letzter Konsequenz wird damit die Frage »Was ist Wirtschaft?« aus der seriösen wissenschaftlichen Diskussion herausgenommen. Das müsste Befremden erregen; denn angesichts der ungeheuren Bedeutung, die die moderne Wirtschaft für das Leben der Menschen angenommen hat und angesichts der unabschätzbaren Auswirkungen, die sie auf das Leben auf diesem Planeten insgesamt ausübt, könnten Untersuchungen über das Wesen der Wirtschaft von großem allgemeinem Interesse sein.

Die Frage »Was ist Wirtschaft?« zieht sich als ein Leitthema durch die Ausführungen dieses Buches. Dabei wird sich zeigen, dass es eine eindeutige Definition von Wirtschaft nicht gibt; möglich ist es indes, Aspekte dessen, was unter Wirtschaft sinnvoll verstanden werden kann, einander zuzuordnen und in einen sinnvollen Zusammenhang zu stellen.

Eine besondere Rolle für die Klärung dieser Frage spielen die modernen Wirtschaftswissenschaften. Denn die Frage nach dem Wesen der Wirtschaft kann nicht ohne eine gründliche Kenntnis ihrer Positionen angegangen werden, wenn sie auch aus einer kritischen Distanz dazu in philosophischen Horizonten untersucht werden muss. Die zweite Frage im Titel dieses Kapitels »Was ist die Wissenschaft von der Wirtschaft?« muss also gestellt werden, wenn es um das Wesen der Wirtschaft geht, da man, ohne sie zu klären, nicht

¹ Zur Entstehungszeit der Wirtschaftswissenschaften, die damals »Politische Ökonomie« genannt wurde, war das anders. Adam Smith (1723–1790) war noch Professor für Moralphilosophie. Der letzte, der sich innerhalb eines Entwurfs Praktischer Philosophie mit der Wirtschaft beschäftigte, war Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831). Es gibt zwar auch heute von philosophischer Seite Versuche, Erhellendes zum Verständnis der Wirtschaft (vgl. etwa Kambartel 1998) beizutragen, aber in der Regel bestätigt ihr mangelndes Wissen über ökonomische Argumentationen die Unzuständigkeit der Philosophie für die Wirtschaft.

kompetent über Wirtschaft reden kann. Mit der Beantwortung dieser Frage ist die Frage nach der Wirtschaft jedoch keineswegs hinreichend beantwortet. In diesem, wie auch in dem folgenden Kapitel beschäftigen wir uns primär mit der Frage »Was ist die Wissenschaft von der Wirtschaft?« Unser Blick auf die Wirtschaftswissenschaften wird aber bereits in diesen Kapiteln wesentlich geprägt durch die Frage »Was ist Wirtschaft?«, wie sie in späteren Teilen dieses Buches ausführlich thematisiert wird.

Im Abschnitt 1.2 dieses Kapitels führen wir einige für jeden Zugang zu wirtschaftlichen Phänomenen grundlegende Unterscheidungen ein. Vor diesem Hintergrund wollen wir in Abschnitt 1.3 zwei verschiedene Formen des Wissens von der Wirtschaft unterscheiden: Ein Wissen aus der Innen- und eines aus der Außenperspektive: Ersteres ist das Wissen der Handelnden *in* der Wirtschaft, letzteres das Wissen *über* die Wirtschaft. Da beide Perspektiven für die Entstehung der Wirtschaftswissenschaften von zentraler Bedeutung waren, wird in den Abschnitten 1.4 und 1.5 die Herausbildung der Idee einer Wissenschaft von der Wirtschaft aus der »Politischen Ökonomie« erläutert. Während die Politische Ökonomie des späten 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die beiden genannten Perspektiven kombinierte, ist der Übergang von der Politischen Ökonomie zur reinen Wissenschaft von der Wirtschaft, der am Ende des 19. Jahrhunderts stattfand, charakterisiert durch eine Gewichtsverschiebung zugunsten der Außenperspektive, die bis heute die Wissenschaft von der Wirtschaft prägt.

In den Abschnitten 1.6 bis 1.8 werden wesentliche Aussagen und Zusammenhänge des heutigen wirtschaftswissenschaftlichen Ansatzes auf der Basis einer für fast alle Vorgehensweisen geltenden Grundannahme entwickelt. Es handelt sich um die Annahme, der wirtschaftende Mensch sei als egoistischer rationaler Nutzenmaximierer, als *Homo oeconomicus*, zu beschreiben. Gleichzeitig sollen die drei folgenden Fragen beantwortet werden: (i) Was leistet der ökonomische Ansatz, (ii) wo sind seine Grenzen, und (iii) wo müsste er durch andere Vorgehensweisen ergänzt werden, um dem jeweiligen Problem gerecht zu werden. Die Grenzen des vorherrschenden Paradigmas haben zu verschiedenen neuen wirtschaftswissenschaftlichen Entwicklungen geführt. Neben der Spieltheorie, die ursprünglich aus der Mathematik stammt (vgl. z.B. Leonard 1995), ist insbesondere die in den fünfziger Jahren entstandene *Public Choice* (Neue Politische Ökonomie) zu erwähnen, deren Grundfragen auf

Hobbes (1588–1679) und Locke (1662–1704) zurückgehen. Annahmen und Resultate der Public Choice werden in Abschnitt 1.9 skizziert. Inhärente Erklärungsgrenzen dieses Ansatzes bezüglich der Existenz demokratischer Staaten sowie des langfristigen Erhalts der Umwelt lassen es sinnvoll erscheinen, das Konzept des Homo oeconomicus, das in der Public Choice wie auch sonst in den modernen Wirtschaftswissenschaften verwendet wird, zu ergänzen. Diese Ergänzung wird nicht im Rahmen dieses Kapitels stattfinden; sie ist Gegenstand der Ausführungen in Kapitel 4.

1.2 Allokation und Distribution, Mengen und Werte

Wenn man eine Wirtschaft phänomenologisch betrachtet, so wird man zunächst auf äußerlich sichtbare Abläufe aufmerksam. Dazu gehören: Förderung von Rohstoffen, Herstellung von Vor- und Zwischenprodukten, von Kapitalgütern und Konsumgütern, der Transport all dieser Güter, ihr Verbrauch in Produktion und Konsum, die damit einhergehenden Umweltbelastungen einschließlich des dabei entstehenden Abfalls. Es geht hier um Prozesse auf der Ebene der Materie und der Umwandlung von Materie mit Hilfe von Energie. Alle damit zusammenhängenden Fragestellungen werden unter dem *Mengenproblem* zusammengefasst; denn es werden nur Bestände und Bewegungen von Mengen betrachtet.

Damit Bewegung und Transformation von Materie als wirtschaftliche Phänomene anzusehen sind, muss ein wesentlicher Gesichtspunkt hinzukommen. Diese Phänomene müssen Resultate des menschlichen Wirtschaftens sein. Damit ist gemeint: Ihnen müssen Entscheidungen zugrunde liegen, mit denen Menschen ihre Ziele festlegen und die Mittel bestimmen, die zu ihrer Erreichung erforderlich sind. Nur im Schlaraffenland muss man nicht wirtschaften und ist von der Last befreit, Entscheidungen darüber zu fällen, wie man im Verein mit anderen sein Leben erhält, welche Bedürfnisse man in welchem Ausmaß erfüllt und welche Tätigkeiten welche Personen zu welchen Zeiten verrichten. Aber schon auf der Stufe einer Sammler- und Jägersgesellschaft treten elementare Formen der Arbeitsteilung auf: Es muss bestimmt werden, sei es durch Tradition oder Überlegung, wer Beeren und Körner sammelt, wer für die Vorratshaltung, wer für die Herstellung der dafür notwendigen Gefäße zuständig ist, wer jagen soll, wer die Jagdwaffen herstellt, wer für

Dienstleistungen wie die Nahrungszubereitung, das Aufziehen von Kindern oder den Schutz vor Tieren und Feinden verantwortlich ist usw. Neben diesen produktiven Tätigkeiten müssen darüber hinaus die hergestellten und erworbenen Verbrauchsgüter in irgendeiner Weise auf die Mitglieder der Familie oder Gruppe verteilt werden. In diese Verteilung gehen, explizit oder implizit, Gerechtigkeitsüberlegungen ein. In der Sprache der Ökonomen nennt man die mit der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen verbundenen Fragestellungen das *Allokationsproblem* und die mit der Aufteilung verbundenen das *Distributionsproblem*.

Der genannte Gesellschaftstyp weist bereits ein typisches Charakteristikum des Wirtschaftens auf: Es werden Bestände an dauerhaften Produktionsmitteln, wie Gefäße und Waffen, und an dauerhaften Konsumgütern, wie Bekleidung und Behausung, angefertigt. In ökonomischer Terminologie handelt es sich hierbei um *Kapitalgüter*. Dies sind Güter, die für die Produktion oder den Konsum Dienstleistungen bereitstellen. Es besteht ein Zusammenhang zwischen den Kapitalgütern und den Strömen an Dienstleistungen, die diese im Laufe der Zeit liefern: Kapitalgüter ermöglichen es, für die Zukunft vorzusorgen. Dies ist eine wesentliche Weise, wie durch wirtschaftliche Tätigkeiten Gegebenheiten zu unterschiedlichen Zeiten miteinander verknüpft werden.

Je verschiedenartiger und umfangreicher die Kapitalgüterbestände für die Produktion sind, desto besser kann die Gesellschaft mit Konsumgütern ausgestattet werden. Mit dem Wachstum von Kapitalgüterbeständen einer Gesellschaft werden aber auch die damit verbundenen Tätigkeiten vielfältiger und zugleich müssen sie in zeitlicher Hinsicht genauer koordiniert werden. So muss in einer Agrarwirtschaft das Pflügen, Säen, Wässern, Ernten, Dreschen in zeitlich abgestimmter Abfolge geschehen. Allerdings bringen die Vielfalt der Kapitalgüter und die in zeitlicher Hinsicht aufeinander abgestimmte Nutzung ihrer Dienstleistung eine Gefahr mit sich. Wird z. B. durch eine Unwetterkatastrophe das Bewässerungssystem zerstört oder der Bestand an Saatgut für das nächste Frühjahr durch Brand vernichtet, so wird es zu Hungersnöten kommen, falls nicht *Vorsorge* getroffen wurde.

Seitdem Menschen angefangen haben, Mengen von Gütern bzw. Dienstleistungen zu tauschen, müssen bei der Betrachtung einer Wirtschaft auch die Verhältnisse berücksichtigt werden, in denen diese Mengen getauscht werden. Das Tauschen ermöglicht es, auf-

grund der erhöhten Arbeitsteilung sowie aufgrund der in regionaler Hinsicht unterschiedlichen Produktionsbedingungen, die Güterproduktion für alle Beteiligten zu erhöhen. Der Tausch erfolgte zuerst als Naturaltausch. Später ging man zum Warengeld über, indem eine besondere Ware als Tauschmittel gewählt wurde, das gegen alle anderen Waren eingetauscht werden konnte. Diese Ware konnte als Recheneinheit verwendet werden. Dadurch war es möglich, die Zahl der Austauschverhältnisse der n Waren sehr stark zu verringern (nämlich von $(n-1) n/2$ auf $n-1$), was zu einer großen Verringerung der Informationserfordernisse führte. Auch konnte das Warengeld nun als Wertaufbewahrungsmittel verwendet werden. Insbesondere konnte man den Verkauf einer Ware sowohl in regionaler als auch in zeitlicher Hinsicht voneinander trennen. Dadurch war es möglich, die Zeit pro Tausch wesentlich zu verringern und aufgrund eines einheitlichen Preises das gewünschte Gut zu einem günstigeren Preis zu erhalten. In der Sprache der Ökonomen bedeutet dies, dass die *Transaktionskosten*² durch die Einführung des Warengeldes gesenkt wurden. Mit der Benutzung von Geld in Form von Münzen wurde dieser Prozess weiter vorangetrieben. Dies führte zu einer Ausdehnung des Handels: Kleinräumige Wirtschaften wurden nun Teile von Großräumen, die Zahl der Güter vermehrte sich, die Spezialisierung in den Wirtschaften wuchs und die Komplexität der intertemporalen Entscheidungen nahm zu. Damit wurde eine Dynamik ausgelöst, die dazu führte, dass Wirtschaften nicht mehr als ein stationärer, immer gleichbleibender Ablauf erschien, sondern als ein sich fortlaufend verändernder Prozess.

Mit dem Naturaltausch tritt ein wichtiges Moment des Wirtschaftens in Erscheinung, das ohne den Tausch häufig nur implizit bleibt: das Moment des Bewertens, Kalkulierens und Entscheidens. Es müssen das zu verkaufende und das zu kaufende Gut bewertet werden, d. h. der Wert einer bestimmten Menge des einen Gutes muss in einer bestimmten Menge des anderen Gutes ausgedrückt werden, es muss in einem Vergleich dieser beiden Größen der eigene Vorteil kalkuliert werden und es muss schließlich unter Berücksichtigung allgemeiner Unsicherheit und insbesondere der Vertrauenswürdigkeit des Tauschpartners entschieden werden, ob der Tausch tatsächlich durchgeführt werden soll. Zwar spielen auch bei

² Transaktionskosten sind die Kosten, die im Rahmen der Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle von Tauschakten entstehen.

Entscheidungen über die Allokation und Distribution innerhalb einer Sammler- und Järgesellschaft Bewertungen und Kalküle eine Rolle. Aber man erkennt, dass solche Entscheidungen innerhalb gleichbleibender oder sich nur wenig verändernder Strukturen sehr viel einfacher sind, als die Entscheidungen bei Tauschakten, bei denen sich die Bedingungen dauernd ändern. Folglich gewinnen die Tätigkeiten des Bewertens, Kalkulierens und Wählens sowie ihre Auswirkungen in einer dynamischen Geldwirtschaft sprunghaft an Bedeutung.

Aufgrund dieser Zusammenhänge hat sich eine Struktur herausgebildet, bei der sich das Vergleichen, Bewerten und Kalkulieren von den Bewegungen und Transformationen der Materie abgelöst hat: das Preissystem. Innerhalb dieses Systems kommen die Rohstoffe, Hilfs-, Zwischen- und Kapitalgüter, die Export- und Importgüter, die Konsumgüter und Dienstleistungen nur in ihrer bewerteten Form, also in Preisen, Kosten, Zinsen, Gewinnen, Dividenden, Renten, Umsätzen etc. vor. Diese Art des Bewertens ist von der Struktur her die gleiche beim einfachen Naturaltausch wie bei einer der komplizierten Transaktionen auf den heutigen Finanzmärkten. Alle damit zusammenhängenden Fragestellungen werden unter dem *Wertproblem* zusammengefasst.

Neben der Einführung von Geld wurden im Laufe der Zeit weitere institutionelle Änderungen zur Senkung der Transaktionskosten des Tausches erfunden. Dies betrifft insbesondere die Kreditwirtschaft. So ermöglicht der Zins und später der Wechsel, einen Tausch zu unterschiedlichen Zeitpunkten vorzunehmen: Der Borgende bzw. Käufer erhält eine Summe Geld bzw. die Ware und zahlt diese Summe bzw. die Ware mit Zins zu einem späteren Zeitpunkt zurück. Damit treten intertemporale wirtschaftliche Verflechtungen aufgrund von finanziellen Transaktionen auf. Mit der Einführung der Banken, des Kreditwesens und der Buchhaltung nahm diese Art von wirtschaftlicher Tätigkeit zu. Wie der exponentiell wachsende Umfang der Finanztransaktionen der neunziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts gezeigt hat³, ist diese Entwicklung noch nicht abgeschlossen.

Bei der Untersuchung des Wertproblems wird ein wesentlich höherer Abstraktionsgrad gefordert als beim Mengenproblem. Dies

³ So beträgt das weltweite Tagesvolumen der finanziellen Abschlüsse weit mehr als das Tausendfache des Wertes der täglichen Weltproduktion.

ist einer der Gründe, warum wirtschaftliche Zusammenhänge nicht wirtschaftswissenschaftlich ausgebildeten Menschen häufig schwierig zu vermitteln sind. Beispiele dafür sind Spekulationen auf den Finanzmärkten oder die Vergabe von Lizenzen für CO₂-Emissionen, die dem Besitzer das Recht einräumen, die Umwelt zu belasten. Für die Wirtschaftswissenschaften, die sich insbesondere mit dem Wertproblem beschäftigen, ist die Analyse der Grundlagen der Bewertung von zentraler Bedeutung. Auf diese Grundlagen wird in Abschnitt 1.6 eingegangen werden.

1.3 Das Wissen in der Wirtschaft und das Wissen über die Wirtschaft: Die Innenperspektive und die Außenperspektive

Betrachtet man die Wirtschaft, so muss man die beiden in der Überschrift genannten Formen des Wissens unterscheiden. Ersteres ist das Wissen der Wirtschaftssubjekte. Es gehört in die *Innenperspektive* einer Wirtschaft: Die Wirtschaft wird von innen betrachtet, aus der Sicht der Beteiligten. Folglich existiert die Innenperspektive nur im Plural, nämlich in ihren individuellen Ausprägungen. Dennoch gibt es dabei einen Wissensbestand, der einer größeren Anzahl von Wirtschaftssubjekten gemeinsam ist. So wissen Landwirte in der Regel gut über Boden, Saatgut und Klimabedingungen Bescheid. Ähnliches gilt für Handwerker und Unternehmer. Zu diesem Wissen gehört auch die Kenntnis sozialer Regeln, wie etwa die Art, mit Mitarbeitern und Kunden umzugehen, das Einhalten von Verträgen, die Zahlung von Steuern usw.

Dieses Wissen innerhalb der Wirtschaft ist kein theoretisches Wissen, das man in Lehrbüchern nachlesen kann, es ist vielmehr ein Handlungswissen oder ein Praxiswissen, das unmittelbar mit wirtschaftlichen Tätigkeiten verknüpft ist, häufig so eng, dass es unabhängig von diesen gar nicht vorhanden ist. So kann dieses Wissen oft auch nicht in Worte gefasst werden. Bittet man z. B. einen Töpfer, die Fertigung eines Gefäßes zu erklären, dann antwortet er stattdessen meist, man möge ihm doch zuschauen. Ähnlich können viele Unternehmer wichtige Entscheidungen letztlich nicht begründen, da sie diese intuitiv getroffen haben. Das Praxiswissen in der Innenperspektive der Wirtschaft ist darüber hinaus seiner Natur nach weder wertfrei noch objektiv. Es ist nämlich mit einem personenbezogenen,

manchmal auch mit einem gemeinschafts- und kulturgebundenen Interesse verknüpft. Das Wissen innerhalb der Wirtschaft wird immer in einem bestimmten Kontext verwendet, sei es der Kontext der eigenen Lebensgestaltung, der eigenen Bedürfnisbefriedigung, der Ausschaltung eines Konkurrenten zur Erzielung höherer Gewinne, der Übervorteilung eines Kunden oder der Erschließung eines neuen Marktes – sei es aber auch der Kontext sozialer oder religiöser Regeln, die einem sagen, dass man dieses tun und jenes lassen soll. Somit ist das Wissen in der Wirtschaft stets mit einem besonderen Gesichtspunkt verbunden, nämlich dem Gesichtspunkt desjenigen, der es einsetzt.

Neben dem Praxiswissen der Beteiligten, das aus der Innenperspektive hervorgeht, gibt es das Wissen unbeteiligter Beobachter, die gegenüber dem wirtschaftlichen Geschehen eine *Außenperspektive* einnehmen. Sie beobachten die Förderung von Rohstoffen, die Art der Herstellung und Verteilung von Gütern, ihren Verbrauch, die mit der Produktion und dem Konsum einhergehende Umweltverschmutzung, das Handels-, Kredit- und Bankensystem, das Steuersystem, die Wirtschaftsgesetze und viele andere Institutionen. Darüber hinaus sammeln sie Informationen über die Gesamtwirtschaft, etwa über die Zahl der Beschäftigten und der Arbeitslosen, die Höhe des Sozialproduktes und der Investitionen usw. All dies umfasst Wissen, das zwar die an der Wirtschaft selbst direkt Beteiligten im Rahmen ihrer Tätigkeit häufig gar nicht für nötig halten, das aber für alle diejenigen, die eine Übersicht über größere wirtschaftliche Zusammenhänge etwa im Rahmen eines Territorialstaates gewinnen wollen, von größter Bedeutung sein kann.

Das Praxiswissen der Innenperspektive ist immer Gebrauchswissen, das Wissen über die Wirtschaft der Außenperspektive ist seiner Idee nach nicht notwendig für den Gebrauch bestimmt.⁴ Das schließt allerdings nicht aus, dass gerade das Wissen über die Wirtschaft sich als besonders brauchbar erweisen kann, etwa für Maßnahmen der Wirtschaftspolitik. So kann es politische und wirtschaftliche Interessen geben, derartiges Wissen zu erwerben und zu vergrößern. Diese Interessen entstehen besonders dann, wenn die an einer Wirtschaft beteiligten Akteure, Haushalte, Unternehmer oder Wirtschaftspolitiker erkennen müssen, dass ihr in der Innenperspektive

⁴ Vgl. zu dieser Unterscheidung Wieland (1982).

gewonnenes Wissen nicht mehr ausreicht, um sich in der Komplexität wirtschaftlicher Abläufe zu orientieren.

1.4 Der Ursprung der Wissenschaft von der Wirtschaft: Die Politische Ökonomie

1.4.1 *Die Herkunft der Idee einer Politischen Ökonomie als Wissenschaft*

Die Idee einer Wissenschaft von der Wirtschaft hat zwei Wurzeln. Die eine Wurzel, die Idee einer objektiven, wertfreien Wissenschaft, hat ihren Ursprung in der Antike, gewann aber ihre einzigartige Form in der europäischen Neuzeit, die eine Universal-Wissenschaft als durchgängig konsistentes System von Erkenntnissen anvisierte. Die andere Wurzel ist wesentlich älter und lässt sich in allen größeren politischen Einheiten finden. Dies ist die Idee, das Gedeihen des Gemeinwesens zu fördern, modern gesprochen: die Idee der Wirtschaftssteuerung. In jedem auch nur einigermaßen geordneten Gemeinwesen haben sich Regierende die Frage gestellt: Was können wir tun, um das Wohlergehen unseres Landes, unseres Reiches wiederherzustellen, zu bewahren oder zu steigern? Diese Frage, obgleich gelegentlich nur dem Eigeninteresse der Regierenden entsprungen, kann durchaus ein Interesse am Gedeihen des Ganzen bekunden, etwa in Fällen sozialer Unruhen aufgrund wirtschaftlicher Not vieler Bürger. Zur Steuerung einer Wirtschaft reicht das Wissen in der Wirtschaft häufig nicht aus. In solchen Fällen muss nämlich nach der ganzen Wirtschaft, ihrer Verfasstheit und ihren Entwicklungstendenzen gefragt werden, d. h. die Innenperspektive muss durch die Außenperspektive ergänzt werden.

Der Weg von dem Wunsch, das Gedeihen des Gemeinwesens zu fördern, zu einer Wissenschaft von der Wirtschaft war allerdings sehr weit. Dazu war es erforderlich, das Praxiswissen innerhalb der Wirtschaft im Rahmen einer Außenperspektive zu sammeln, von seiner Personenbezogenheit und seinen kulturellen Kontexten abzulösen, auf Begriffe zu bringen und systematisch zu ordnen. Erst dieses geordnete Wissen versprach langfristig erfolgreiche Anwendungen in der Realität.

1.4.2 *Zur Geschichte des Begriffs Politische Ökonomie*

Die Versuche einer wissenschaftlichen Darstellung der Wirtschaft wurden vom 17. bis ins 19. Jahrhundert als Politische Ökonomie bezeichnet. Im Deutschen war noch bis zu den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts der Ausdruck »Nationalökonomie« üblich. In beiden Begriffen kommt neben der Wirtschaft die Politik bzw. die Nation vor. So lautet auch der Titel des Hauptwerkes des Begründers der Volkswirtschaftslehre Adam Smith: »Der Wohlstand der Nationen« (1776). Für ihn ist die Politische Ökonomie eine »Lehre für den Staatsmann und Gesetzgeber« (Smith 1776/1978: 347). Will man nicht in der partikulären Innenperspektive verweilen, dann kann man über eine ganze Wirtschaft nur sprechen, wenn man den Staat sowohl als Adressaten wie auch als Mitakteur wirtschaftlicher Abläufe und wirtschaftlicher Rahmgebung mitberücksichtigt.

Für Adam Smith erscheint die Politische Ökonomie vor ihm, insbesondere die des 17. Jahrhunderts, als ein ungeordnetes Konglomerat von Lehren. Er dagegen möchte Politische Ökonomie als Wissenschaft betreiben. Wirtschaftliche Phänomene treten dem Laien als zusammenhangloses Chaos entgegen. Es ist die Aufgabe der Wissenschaft (science), »Ordnung in das Chaos der Erscheinungen zu bringen« (Smith 1776/1978: 347). Smith geht davon aus, dass man wirtschaftlichen Abläufen am besten gerecht wird, wenn man die Fülle der wirtschaftlichen Phänomene in einem sich selbst organisierenden ›System‹ beschreibt. Diese Art der Beschreibung einer Wirtschaft ist für die auf Smith folgende ökonomische Klassik paradigmatisch geworden.⁵

Smith verschränkt in seinem »Wohlstand der Nationen« vielfach Innen- und Außenperspektive. So beschreibt er ausführlich wirtschaftliche Tätigkeiten wie etwa die Herstellung der Wolljacke eines Tagelöhners (Smith 1776/1978: 14 f.) oder die Fabrikation von Nägeln (ibid.: 9–14), wobei er sein Augenmerk auf das Wissen der Produzenten richtet. Von zentraler Bedeutung ist für ihn außerdem

⁵ Hegel (1821/1970: 346 f.) hat darin die eigentliche Leistung der Wissenschaft von der Wirtschaft seiner Zeit gesehen. So bemerkt er in seiner Rechtsphilosophie: »Die Staatsökonomie ist die Wissenschaft, die ... die Bewegung der Massen in ihrer qualitativen und quantitativen Bestimmtheit und Verwicklung darzulegen hat. ... Ihre Entwicklung zeigt das Interessante, wie der Gedanke (s. Smith, Say, Ricardo) aus der unendlichen Menge von Einzelheiten, die zunächst vor ihm liegen, die einfachen Prinzipien der Sache, den in ihr wirksamen und sie regierenden Verstand herausfindet.«

das Wissen, das die Wirtschaftssubjekte benötigen, um Tauschakte erfolgreich durchzuführen. Aus der Betrachtung dieses konkreten und partikulären Handlungswissens gewinnt Smith jedoch Einsicht in abstrakte und allgemeine Prinzipien und Gesetze, die, wie er glaubt, das gesamtwirtschaftliche System bestimmen. Diese Einsicht ist die Basis einer wissenschaftlichen Beschreibung der Wirtschaft in der Außenperspektive.⁶

Die Politische Ökonomie ist bei Smith zwar als Wissenschaft von der Wirtschaft konzipiert, aber wesentlich durch zwei politisch-praktische Aspekte geprägt, die sie mit der Praktischen Philosophie des 18. Jahrhunderts verbinden.

(i) Die Politische Ökonomie spricht den Staatsmann an, um nützliche Erkenntnisse für seine politischen Entscheidungen bereitzustellen. Das Ziel der Politischen Ökonomie ist jedoch nicht, wie bei Smiths Vorgängern, die Mehrung des Staatsschatzes, sondern die Erhöhung der Einkommen der Bevölkerung und damit die Steigerung ihres Lebensstandards. Damit geht es nicht mehr um das ›gute Leben‹ des Landesherrn, sondern um das Wohl der Mitglieder des von ihm beherrschten Territoriums.

(ii) Das gute Leben der Mitglieder der Gesellschaft aber ist nicht ein Ziel, das der Landesherr durch eigenes Handeln erreichen soll, so wie ein Vater für das gute Leben seiner Kinder sorgt. Er kann nur dadurch zu diesem Ziel beitragen, dass er wirtschaftliche Freiheitsrechte für mündige Wirtschaftssubjekte gewährt. Demgemäß schreibt Smith, die Aufgabe der Politischen Ökonomie sei es zu untersuchen, »wodurch der Einzelne in die Lage versetzt werden kann, beides (reichliches Einkommen und Lebensunterhalt, d. V.) für sich selbst zu beschaffen« (Smith 1776/1978: 347). Der Staatsmann soll die Wirtschaftenden und die Wirtschaft als Ganzes aus dem Gängelband des Staates entlassen, den Individuen genügend Freiraum gewähren und sie damit in den Stand versetzen, selbst für sich zu sorgen. Mit diesen Gedanken will Smith die Freiheit des Einzelnen, selbst über seine wirtschaftlichen Handlungen zu entscheiden, verstärken. Größtmöglicher Wohlstand und größtmögliche Freiheit für

⁶ Die heute verwendete Bezeichnungsweise ›Wirtschaftswissenschaften‹ umfasst sowohl die Volkswirtschaftslehre als auch die Betriebswirtschaftslehre. Bei ersterer wird die Volkswirtschaft als Ausgangspunkt gewählt, bei letzterer der Betrieb. Da aufgrund der Globalisierung zunehmend beide Sichtweisen verwendet werden müssen, nimmt die Schnittmenge zwischen Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre ständig zu.

den Einzelnen sind die beiden normativen Postulate, die der Politischen Ökonomie von Smith und seinen Nachfolgern zugrunde liegen.

Für Smith ist die Wirtschaft somit ein System, dessen Funktion für das politische Ganze am besten gewährleistet wird, wenn man dem Selbstinteresse darin weitgehend freien Lauf lässt. Denn nur auf diese Weise ist es möglich, das gesamte, vielfältige personale Handlungswissen *in* der Wirtschaft für das Wohl der Mitglieder der Wirtschaft und für das Wohl der ganzen Gesellschaft nutzbar zu machen. Smith bezeichnet dieses System als »System der natürlichen Freiheit«. Dieses System wird in Kapitel 3 Abschnitt 3.6.1 näher erläutert.

1.4.3 Welche Eigenschaften sollte ein Politischer Ökonom besitzen?

Als Politische Ökonomie stellt die Wissenschaft von der Wirtschaft Fragen, die sie nur in Verbindung mit der Praktischen Philosophie beantworten kann, während umgekehrt die Praktische Philosophie an Realitätsgehalt gewinnt, wenn sie die Erkenntnisse der Politischen Ökonomie berücksichtigt. Solche Fragen lauten: Wie gedeiht eine Gesellschaft am besten? Welchen Beitrag kann die Wirtschaft zu diesem Gedeihen leisten? Welche Ratschläge sollten gute Ökonomen geben, damit der Staat das Richtige für die Wirtschaft tut und das Falsche unterlässt? Welche Rolle spielen Märkte, welche Privilegien, Regelungen und Deregulierungen, welche der Außenhandel? Wo in der Wirtschaft wird das Sozialprodukt gebildet (Allokationsproblem) und wie wird es auf die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden verteilt (Distributionsproblem)?

Zu der Beantwortung dieser Fragen ist es erforderlich zu wissen, welche Ursachen wirtschaftliche Phänomene haben, wie diese zusammenhängen, sowie wo und wie man in die Wirtschaft eingreifen kann, um bestimmte Wirkungen zu erreichen; man muss m. a. W. wissen, wie die Wirtschaft *funktioniert*. Aber der Politische Ökonom im Sinne von Smith muss jenseits dieses Wissens noch ganz andere Fähigkeiten besitzen, Fähigkeiten, die auf die Felder der Praktischen Philosophie und der Politik verweisen:

(i) Der Politische Ökonom, der Ratschläge für ein gutes Leben geben will, muss Kriterien für das angeben können, was ein gutes Leben ist. Er wird sich u. a. mit folgenden Fragen konfrontiert sehen:

Lebt man nur dann gut, wenn man den Geboten einer Religion gehorcht? Oder gibt es allgemeine Regeln der Vernunft, deren Befolgung ein gutes Leben sichert? Oder besteht ein gutes Leben darin, dass man möglichst viel erwirbt, möglichst viel ausgibt, möglichst viel Spaß hat, möglichst große Macht erlangt? Lässt sich überhaupt etwas Allgemeines über das gute Leben aussagen, oder kann bzw. muss letztlich jeder einzelne selbst entscheiden, was ein gutes Leben ist? In der Geschichte des Denkens hat man, je nachdem, wie man dazu Position bezog, auch die Frage, welches die beste Güterverteilung im Sinne des guten Lebens sei, unterschiedlich beantwortet, beginnend bei Platon und Aristoteles mit ihren Ausführungen über das ›gute Leben‹ bis hin zur modernen Wohlfahrtsökonomik mit ihrer Idee des ›besten Lebens‹ (s. u. Kapitel 2). Ökonomen wie Adam Smith und später James Stuart Mill haben eigenständige philosophische Ethiken konzipiert und waren dadurch fähig, für derartige Probleme begründete Lösungen vorzuschlagen (vgl. z. B. Hottinger 1998).

(ii) Die großen Denker der Politischen Ökonomie haben sich nicht damit begnügt, Aussagen über das gute Leben zu formulieren, sondern sie haben es auch als ihre Aufgabe angesehen, ihre Kenntnisse und Einsichten der Öffentlichkeit zu vermitteln und sie dort zu vertreten. Der Politische Ökonom muss also bereit sein, an politischen Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Vielfach wird er viele Jahre für seine Ideen in der Öffentlichkeit kämpfen müssen, um einen Konsens zu erreichen. Ein Beispiel dafür ist John Stuart Mill, der sich nach dem Hungerwinter in Irland 1847 intensiv gegen ein zu weitgehendes »Laissez Faire« und für staatliche Sozialfürsorge einsetzte; zu diesem Zwecke ließ er sich sogar in das Parlament wählen.

(iii) Neben der Vertrautheit mit Argumentationen der Praktischen Philosophie und dem politischen Engagement benötigt der Politische Ökonom eine Fähigkeit, die sich am besten mit dem Ausdruck Urteilskraft bezeichnen lässt: Diese kann sich nur vor dem Hintergrund der Innenperspektive des Praxiswissens bilden. Wie Wieland (1998) erläutert, zeichnet sich ein guter Richter dadurch aus, dass er ein Gespür für den zu behandelnden Fall hat, dass er etwas sieht, was in keinem Paragraphen und keinem Lehrbuch steht. Ein solches Wissen braucht auch derjenige, der kompetent Ratschläge zur Wirtschaft erteilen will. So muss der Politische Ökonom, der seine Ideen in politischen Prozessen zur Wirkung bringen will, ein Gespür für die Macht von Interessengruppen entwickeln und überlegen, wie er seine Vorstellungen mit oder auch gegen diese Gruppen

durchsetzen kann. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, dass die Politische Ökonomie noch bis ins 19. Jahrhundert nicht als Wissenschaft (science), sondern als Kunst (art) aufgefasst wurde. Hierzu gehört auch ein bestimmtes Können, über das zum Beispiel ein Unternehmer verfügen muss, will er sich in der Praxis bewähren.

Berücksichtigt man diese drei Aspekte, so überrascht es nicht, dass die Politische Ökonomie im Sinne von Adam Smith (1723–1790) und seinen Nachfolgern bis ungefähr 1870 und in vielen Ländern noch weit darüber hinaus als eine Sozialwissenschaft, eine Wirtschaftswissenschaft im Kontext konkreter, in einer Gesellschaft bestehender Probleme und Aufgaben angesehen wurde: »Die Kritik des Adam Smith an seiner zeitgenössischen Gesellschaft und ihren Einrichtungen ... bedeutete nichts anderes als eine in das Herrschaftsgefüge eingreifende Wissenschaft ... Politische Ökonomie im Sinne von Adam Smith ist kritische Sozialwissenschaft, oder über Smiths Zeit hinausweisend mit den Worten Edgar Salins: »Alle ökonomische Wissenschaft ist Sozialwissenschaft, ist Staatswissenschaft und darum immer ... politische Ökonomie« (Bürgin 1993: 389). Man betreibt Wirtschaftswissenschaft, um der Gesellschaft zu nützen, indem man vernünftige und der Situation angemessene politische und soziale Empfehlungen gibt.

1.5 Von der Kunst der Politischen Ökonomie zur Idee einer reinen Lehre von der Wirtschaft

Mit Smiths »Wohlstand der Nationen« beginnt die ökonomische Klassik, zu deren bedeutendsten Vertretern Thomas Robert Malthus (1766–1834), David Ricardo (1772–1823), John Stuart Mill (1806–1873) und Karl Marx (1818–1883) gehören. Dabei teilten insbesondere Mill und Marx, trotz ihres gegensätzlichen Verständnisses von Geschichte und Gesellschaft, die umfassende sozialwissenschaftliche und praktische Ausrichtung der Politischen Ökonomie.

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewann indes in den angelsächsischen Ländern sowie in Frankreich, Italien und Österreich eine Auffassung an Einfluss, die die Leistung der Politischen Ökonomie der Klassik nicht mehr darin sah, dass sie sich als umfassende, an bestimmte zeitgenössische Adressaten gerichtete Sozialwissenschaft darstellte. Die Klassik, so deutete man es nun, hatte zu einem entscheidenden Schritt angesetzt, dem Schritt, der von bloßer

Kunst zu strenger Wissenschaft führte. Diesen Schritt wollten verschiedene Ökonomen, die zu Beginn der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts hervortraten, u. a. Leon Walras (1834–1910), Stanley Jevons (1835–1882) und Carl Menger (1842–1921), vollenden, indem sie eine reine Wissenschaft von der Wirtschaft entwarfen, deren Erkenntnisse zeitlose Gültigkeit beanspruchen sollten.

In dieser reinen Wissenschaft unterliegen wirtschaftliche Prozesse einer eigenen, vom kulturellen, politischen und sozialen Kontext idealiter vollständig ablösbaren Gesetzmäßigkeit. Für diese neue Sicht wurde der Ausdruck ›Politische Ökonomie‹ als Bezeichnung für die Wissenschaft von der Wirtschaft missverständlich, da er, jedenfalls in der Zeit nach Smith, gleichermaßen den Versuch, wirtschaftliche Prozesse in gegebenen Situationen wirtschaftspolitisch zu steuern, *und* die wissenschaftliche Erfassung sich selbst überlassener Wirtschaftsabläufe bedeuten konnte. Diese Mehrdeutigkeit führte dazu, dass die Wissenschaft von der Wirtschaft statt als Politische Ökonomie im angelsächsischen Bereich als *economics* (Ökonomik) bezeichnet wurde.

Die reine Wissenschaft von der Wirtschaft, die Ökonomik, ist ganz aus der Außenperspektive konzipiert. Sie fragt danach, wie eine Wirtschaft unter idealen Umständen, d. h. unter Absehung von allen Änderungen nicht-wirtschaftlicher Gegebenheiten abläuft und sich entwickelt. Dabei setzt man voraus, dass die Wirtschaft isoliert von natürlicher Umwelt, Politik, Kultur und Religion betrachtet werden kann als ein aus allen Kontexten ablösbares System. Will man die Abläufe einer derart idealisierten Wirtschaft erklären, so kann man sich nicht darauf beschränken, einzelne Teilbereiche, wie die Produktion, die Nachfrage, die Einkommensverteilung, die staatlichen Tätigkeiten oder den Arbeitsmarkt zu beobachten, sondern man muss die Gesamtwirtschaft einschließlich aller wesentlichen Prozesse sowohl während einer Periode als auch im zeitlichen Ablauf untersuchen. Erst diese Voraussetzung ermöglicht es, strenge Gesetzmäßigkeiten im Wenn-dann-Sinn zu formulieren und damit eine Ökonomik als strenge Wissenschaft zu etablieren. Es ist nicht mehr notwendig, die Wirtschaft zu verstehen, indem man sich mit dem Wissen und den Zielen der Wirtschaftssubjekte innerhalb ihrer Innenperspektive beschäftigt, es genügt vielmehr, die Gesetze zu kennen, denen das Handeln der Wirtschaftssubjekte unterliegt.

In dieser Entwicklung gingen praktisch-philosophische, politische und auch ökologische Dimensionen mehr und mehr verloren.

Nicht wenige Ökonomen erklärten sich für die praktisch-philosophischen Momente der Politischen Ökonomie ebenso unzuständig wie für die politische Realisierung ihrer Ideen im Tagesgeschäft. Gewonnen wurde mit der reinen Ökonomik auf der anderen Seite jedoch ein theoretisches Instrumentarium von solcher analytischen Schärfe, wie es die ökonomischen Klassiker sich nie hätten vorstellen können.

1.6 Das Menschenbild der Wissenschaft von der Wirtschaft: Der Homo oeconomicus

Das Vorgehen der modernen Wirtschaftswissenschaften ab dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts, das der *Neoklassik*, orientiert sich an den mathematischen Naturwissenschaften, insbesondere der Physik.⁷ Auf der Basis weniger Axiome werden Modelle mit mathematischer Symbolik und Methode formuliert.

Alle Bewertungen innerhalb einer Wirtschaft, damit alle Kosten, Preise, Zinsen etc. müssen in den heute üblichen wirtschaftswissenschaftlichen Modellen auf die an der Wirtschaft beteiligten Individuen zurückgeführt werden. Gesamtwirtschaftliche Größen ergeben sich aus aggregiertem individuellem Verhalten, individuelles Verhalten aber folgt konsequent aus individuellen Bewertungen. Eine grundlegende, vielleicht die zentrale Annahme ist die des Homo oeconomicus.⁸ Sie bildet in den Wirtschaftswissenschaften die zentrale Grundlage für wirtschaftliche Bewertungen und damit für das *Wertproblem*. Der Homo oeconomicus gilt als ein egoistischer rationaler Nutzenmaximierer (vgl. z. B. Mueller 1995: 1 ff.). Er ist bestens informiert über sich selbst und die Welt, denn er kennt (i) seine Bedürfnisstruktur (in der Sprache der Ökonomik: seine Präferenzordnung), aus der seine Bewertungen hervorgehen, (ii) sein ihm zur Verfügung stehendes Einkommen und (iii) alle verfügbaren Handlungsmöglichkeiten. Daher ist er aufgrund seiner Rationalität stets in der Lage, die für ihn optimale ökonomische Entscheidung zu treffen. Was aber ist das Kriterium einer optimalen Entscheidung? Für

⁷ Vgl. z. B. Mirowski (1984).

⁸ Eine ausführliche Darstellung des Homo oeconomicus als eines grundlegenden Verhaltensmodells der Wirtschaftswissenschaften bietet Kirchgässner (1991). Für eine kritische Würdigung dieses Modells vgl. Manstetten (2000). Ein wichtiger Beitrag zu den Ursprüngen des Homo oeconomicus ist die Untersuchung von Hottinger (1998). S. auch u. Kapitel 3 u. 4 des vorliegenden Buches.

den Homo oeconomicus ist es die optimale Befriedigung seiner Bedürfnisse gemäß den Wertungen, die ihm zu Eigen sind. Man geht nun davon aus, dass der Homo oeconomicus beliebige Werte, Interessen und Bedürfnisse haben kann, altruistische und egoistische, normale und krankhafte.

In dieser allgemeinsten Fassung erlaubt die Annahme des Homo oeconomicus allerdings keine brauchbaren Vorhersagen. Für konkrete Modelle wird ein inhaltlich spezifizierter Homo oeconomicus benötigt. So wird ihm in der Regel ›Nicht-Sättigung‹ unterstellt. Das bedeutet: Der Homo oeconomicus will immer mehr von mindestens einem Gut haben, als er tatsächlich hat. Des Weiteren wird meistens angenommen, dass sein Wohlbefinden nicht von dem Wohlbefinden anderer Menschen beeinflusst wird. Das bedeutet: Neid und Mitleid sind dem Homo oeconomicus fremd. Die Annahmen der Nichtsättigung und der Unabhängigkeit der Bedürfnisse werden nicht nur aufgrund ihrer tatsächlichen oder unterstellten empirischen Relevanz verwendet, sondern häufig auch, weil sie zu wünschenswerten Lösungseigenschaften der betreffenden mathematischen Modelle führen, mit denen das Entscheidungsverhalten der Homines oeconomici erfasst werden soll. Alle diese Annahmen werden unterstellt, um das wirtschaftliche Verhalten der Menschen alleine aus der Außenperspektive beschreiben zu können. Denn so erscheint das wirtschaftliche Handeln ganz von Gesetzen bestimmt und berechenbar.

Die hier vorgestellte Auffassung vom wirtschaftenden Menschen wird von nichtökonomischer Seite häufig entweder als unrealistisch oder als unmoralisch kritisiert. Allerdings ist »die Eigenschaft, sich selbst der Nächste zu sein, ... phänomenologisch bei vielen Menschen anzutreffen. Die Annahme, dass Wirtschaftssubjekte vorrangig ihre eigenen Interessen verfolgen«, wobei sie auch u.U. unmoralisch agieren, soweit ihnen daraus kein erkennbarer Nachteil entsteht, »kann daher aussagekräftige Erklärungen ökonomischer Abläufe liefern« (Manstetten/Faber 1997: 123; s. auch Kapitel 14, Abschnitt 14.2.3). Überdies dient sie auch dazu, politische Empfehlungen zu begründen. So hat z. B. die Erhöhung der Abfallgebühren während der letzten zwei Jahrzehnte dazu geführt, dass Haushalte und Unternehmen für den Müll, den sie produzieren, mehr zahlen müssen als vorher. Damit lag es in ihrem Eigeninteresse, ihre Abfälle zu reduzieren. Eine solche Indienstnahme des Eigeninteresses ist häufig wirkungsvoller als moralische Appelle (Faber/Stephan/Michaelis 1989).

1.7 Von der unsichtbaren Hand zum Pareto-Optimum

Aufgrund der Homo-oeconomicus-Annahme können Ökonomen insbesondere plausibel machen, dass das aggregierte Verhalten vieler Homines oeconomici in vielen Fällen zu einem wirtschaftlich und gesellschaftlich wünschenswerten Ergebnis führt. Unter bestimmten Bedingungen kann man sogar sagen: Gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt kommt automatisch aufgrund des eigennütigen Handelns der Individuen zustande, ohne dass diese die positiven gesellschaftlichen Konsequenzen ihres Tuns beabsichtigen. Vereinfacht kann man diese ökonomische Argumentation in zwei Schritten darstellen:

1. Die Ökonomen trauen den Individuen genügend Verstand und Urteilskraft zu, um selbst in verschiedenen Tauschakten ihre eigenen Interessen am besten wahrnehmen zu können. Das bedeutet: Lässt man alle Individuen in einer Rechtsordnung so gewähren, wie sie sind, so werden sie im Rahmen ihrer Innenperspektive auf wirtschaftliche Vorgänge die besten Mittel und Wege herausfinden, um jeweils für sich ihren größten Nutzen zu erreichen. M. a. W. die Menschen sind in dieser Sicht nicht nur mündig genug, für sich selbst zu sorgen, sie können es aufgrund ihres eigenen Wissens besser als es irgend ein Vormund wie Kirche, Staat oder Partei u. a. ihnen vorschreiben könnte. Indem die Ökonomie die Freiheit des Individuums voraussetzt, knüpft sie an bedeutende philosophische und politische Theorien des 18. und 19. Jahrhunderts an. Dabei geht man davon aus, dass der Tausch von Seiten aller Beteiligten ein freiwilliger Akt ist. Egoistische Akteure werden nur dann tauschen, wenn sie davon überzeugt sind, nachher zumindest nicht schlechter dazustehen als vorher. Jeder der Akteure bewertet das, was er im Tausch erlangt, gleich oder höher als das, was er dafür gibt. Obwohl jeder beim Tausch nur an seinen eigenen Vorteil denkt, zeigt das Zustandekommen des Tausches, dass alle Beteiligten sich (subjektiv) besser, zumindest aber nicht schlechter stellen.

2. In einem zweiten Schritt lassen sich die am einzelnen Tauschakt gewonnenen Erfahrungen verallgemeinern und auf alle ökonomischen Prozesse beziehen. Das (vereinfachte) Resultat dieser Verallgemeinerung lautet: Die unabhängigen wirtschaftlichen Handlungen eigennütziger Akteure führen ohne deren Absicht zu einem gesamtwirtschaftlich optimalen Zustand. Die Individuen glauben, nur ihren eigenen Nutzen zu maximieren, aber sie werden gleichsam von einer unsichtbaren Hand dazu geführt, den Wohlstand der Ge-

sellschaft zu steigern. Dieses aus der Außenperspektive entwickelte Konzept der »Unsichtbaren Hand«, das durch Adam Smith prominent geworden ist (s. u. Kapitel 3, Abschnitt 3.8.2), basiert wesentlich auf dem Wettbewerb: Um seinen Nutzen zu maximieren, muss man Nützliches für andere produzieren, die ihrerseits aber frei sind, auch bei einem Konkurrenten einzukaufen. Damit besteht für jeden ein beständiger Anreiz, möglichst besser zu sein als die anderen – die Resultate dieses Bemühens aber kommen (idealerweise) allen zugute.

Ökonomen, die in dieser Weise argumentieren, haben das ungeheure Potential an Kreativität bei Wissenschaftlern, Unternehmern und Ingenieuren hervorgehoben. Dieses Potential ist für die Wirtschaftsentwicklung von größter Bedeutung. Es wird am einfachsten aktiviert, wenn Kreativität sich rentiert. Die Freisetzung des Eigeninteresses führt zu technischem Fortschritt, zu anhaltendem Wirtschaftswachstum und bewirkt somit, dass immer mehr Bedürfnisse in immer höherem Ausmaße befriedigt werden können.

Da das Konzept der Unsichtbaren Hand das Herzstück der meisten ökonomischen Theorien über soziale Wohlfahrt in diesem Jahrhundert darstellt, haben Wirtschaftswissenschaftler versucht, es auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen.

Dies geschieht im Rahmen der Theorie des Allgemeinen Gleichgewichtes, dem Paradigma der modernen Ökonomie.⁹ Hier wird in stringenter Weise auf der Grundlage weniger Axiome gezeigt, dass – in der Sprache der Ökonomie – unter der Annahme, dass die Konsumenten ihren Nutzen und die Unternehmer ihre Gewinne maximieren, die Wirtschaft zu einem optimalen Zustand gelangt. Optimal heißt hier, dass es nicht möglich ist, einem Individuum mehr zu geben, ohne ein anderes damit zu benachteiligen. Dieser Zustand wird als ein Pareto-Optimum bezeichnet, so benannt nach dem italienischen Soziologen und Ökonomen Vilfredo Pareto (1848–1923).

Der Begriff des Optimums, wie er in dieser Aussage verwendet wird, hat deutlich *normative* Implikationen, die auf Momente einer sowohl individuell wie sozial relevanten Idee des guten Lebens verweisen. Aufgrund der Annahme der Nichtsättigung wird von Öko-

⁹ Die moderne Theorie des Allgemeinen Gleichgewichtes (vgl. etwa Debreu 1959), das Kernstück der modernen Wirtschaftstheorie, wurde vor allem im zweiten Viertel des 20. Jahrhunderts entwickelt. Nicht wenige Wirtschaftswissenschaftler vertreten heute allerdings die Ansicht, dass die Spieltheorie das vorherrschende Paradigma der Wirtschaftswissenschaften sei (vgl. z. B. Leininger 1995).

nomen nämlich unterstellt, dass aus der Sicht des Homo oeconomicus, d. h. aus der Perspektive der Individuen und damit aus mikroökonomischer Sicht, ein höheres Maß an Bedürfnisbefriedigung besser ist als ein geringeres. Nicht selten wird darüber hinaus auch aus gesamtwirtschaftlicher, d. h. makroökonomischer Sicht angenommen, dass es für eine Gesellschaft »gut« ist, wenn möglichst viele Menschen möglichst viele Bedürfnisse, gleich, um welche es sich handelt, in einem möglichst hohen Maße befriedigen können. Dies ist eine eindeutig normative Annahme, die oft zur Basis von wirtschaftspolitischen Empfehlungen gemacht wird. Dass allerdings ein höherer Grad an Bedürfnisbefriedigung für Individuen und Gesellschaft, unabhängig davon, um welche Bedürfnisse es sich handelt, besser ist als ein geringerer, wird in der ökonomischen Theorie als selbstverständlich angenommen und nicht begründet.

1.8 Die zwei Hauptsätze der Wohlfahrtstheorie

Die zentralen Ergebnisse der Gleichgewichtstheorie werden in den sogenannten zwei Hauptsätzen der Wohlfahrtstheorie zusammengefasst. Der erste Hauptsatz ist quasi der wissenschaftliche Beweis der Lehre von der unsichtbaren Hand. Er besagt: Gibt es Märkte für *alle* Güter mit *vielen* Akteuren, die vollständig über ihre Handlungsmöglichkeiten informiert sind und von denen keiner die Preise beeinflussen kann, d. h. herrschen die Bedingungen vollkommener Konkurrenz, dann verhalten sich alle Haushalte und alle Unternehmen derart, dass das Resultat ihrer unabhängigen, eigennützigen Handlungen zu einem gesellschaftlichen Optimum führt.

Allerdings knüpft der erste Hauptsatz die Wirkungsweise dieser unsichtbaren Hand an äußerst restriktive, in der Realität nur selten annähernd, wenn überhaupt gegebene Bedingungen. Ist eine dieser Bedingungen nicht gegeben, so zeigt die ökonomische Analyse, dass das aggregierte Handeln der Homines oeconomici gerade *nicht* zu einem gesamtwirtschaftlichen Optimum führt. Dies ist u. a. der Fall, wenn externe Effekte auftreten. Externe Effekte sind Auswirkungen wirtschaftlicher Handlungen auf die Wohlfahrt anderer Menschen, die nicht in das Kalkül der Produzenten und Konsumenten eingehen. Da Phänomene wie die Verschmutzung des Wassers durch Abwässer, die Veränderung des Klimas durch CO₂ sowie die gewaltigen Mengen an Abfällen, die eine Verknappung des Deponieraumes zur Folge

haben, bis heute in den Bewertungen und Kalkulationen der Wirtschaftssubjekte nicht oder nur unzureichend berücksichtigt werden, stellen sie aus ökonomischer Sicht negative externe Effekte dar. Die von ihnen Betroffenen (jetzt lebende oder künftig lebende Individuen) erfahren eine Nutzenminderung, insofern sie in ihrem Wohlbefinden beeinträchtigt sind, ohne dafür entschädigt zu werden.

Aus ökonomischer Sicht handelt es sich bei externen Effekten um ein theoretisch leicht zu lösendes (Allokations-) Problem. Sofern die Verursacher der Abfälle, Abwässer, der Treibhausgase, Dioxine etc. für die Kosten ihrer Handlungen aufkommen, sind die externen Effekte »internalisiert«. Dies wird erreicht, indem Abfällen, Abwässern etc. von staatlicher Seite Preise zugeordnet werden, d. h., wer Umweltschäden verursacht, muss dafür zahlen.

Die wirtschaftstheoretischen Grundlagen für derartige Maßnahmen werden mit dem zweiten Hauptsatz der Wohlfahrtstheorie gelegt. Dieser lautet: Zu jedem gewünschten gesellschaftlich optimalen Zustand können Preise und Einkommensumverteilungen gefunden werden, so dass die Konsumenten aufgrund ihrer eigennützigen Nutzenmaximierung und die Unternehmer aufgrund ihrer Gewinnmaximierung sich so verhalten, dass dieser optimale Zustand auch durch den Markt erreicht wird. Mit anderen Worten: Der Staat beschränkt z. B. sein umweltpolitisches Handeln darauf, die »richtigen« Einkommensumverteilungen und die »richtigen« Preise für die negative externe Effekte bewirkenden Güter wie Abfälle, Abwässer etc. zu berechnen, und sorgt dafür, dass diese Preise auch tatsächlich erhoben werden – in Form von Steuern, Abgaben und Lizenzen etc. Ein Beispiel dafür ist die staatliche Vergabe von Zertifikaten für die Emission von Kohlendioxyd (CO₂).

Die Lösung der Umweltprobleme scheint also aus wirtschaftstheoretischer Sicht einfach. Allerdings täuscht diese Einfachheit. Will man als Ökonom wissenschaftlich-politische Beratung auf Ebene der Länder, des Bundes sowie international durchführen, so stellt man schnell fest, dass die ökonomische Theorie zwar einen wichtigen, insgesamt gesehen aber nur kleinen Beitrag zur Lösung der Umweltprobleme leisten kann. Vertreter einer Ökologischen Ökonomie¹⁰ sind sogar der Ansicht, dass die herkömmliche ökonomische

¹⁰ Diese Richtung hat sich seit der Ende der achtziger Jahre gebildet. Ihre international bekannteste Zeitschrift ist »Ecological Economics«, die 1989 gegründet wurde. Zur Be-